



Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung und liebe Gäste!

Kommunalpolitik zu gestalten wird von Jahr zu Jahr zu einer wirklichen Herausforderung. Immer wieder gilt es ein drohendes Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden. Fortlaufend werden Anstrengungen zur Einsparung unternommen. Die Rücklagen werden nahezu komplett aufgebraucht. Und diesmal müssen sogar die Steuern erhöht werden. Leider ist nur damit die eigenverantwortliche finanzielle Selbstverwaltung Hennefes zu erhalten.

Grundsätzlich stehen Bündnis90/Die Grünen zu den übergeordneten Zielen des Haushalts, welche der Bürgermeister bei der Einbringung des Haushalts formuliert hat, jedoch müssen einige kritische Anmerkungen gemacht werden.

Gestaltungsspielräume

Gestaltungsspielräume hat Politik nur durch ausreichende Finanzmittel, dies gilt besonders für die Kommunen. Immer mehr Aufgaben und Pflichten wurden und werden in den letzten und kommenden Jahren bereits bzw. weiter vom Land oder Bund an die Kommunen übertragen; U3-Betreuung, Inklusion oder Ganztagschule seien hier beispielhaft genannt. Die notwendigen Finanzmittel zur Erfüllung dieser Aufgaben werden aber nicht geliefert. Daher kann u.a. neben den fortwährenden Sparbemühungen und den diesjährigen Steuererhöhungen in Hennef nur gelten: Wir fordern die strikte Einhaltung des

Konnexitätsprinzips, egal wer gerade wo und wann regiert. Es erscheint uns notwendig, dass nochmals unsere Forderung „Wer bestellt, der soll auch zahlen“ als Resolution formuliert wird und vom Rat der Stadt Hennef an das Land und den Bund weitergeleitet wird.

Nochmals auf die U3 Betreuung schauend, Hennef hat bisher das erforderliche Angebot nicht schaffen können, damit alle Eltern ihren ab dem 1. August 2013 geltendem Rechtsanspruch auf Betreuung in Anspruch nehmen können. Hennef muss deshalb mit Klagen von Eltern auf einen Kita-Platz rechnen. Ein Riesenproblem, welches nicht unbedingt das Ansehen der Politik fördert. Hennef, wie auch viele andere Kommunen und Städte werden diese Aufgabe nicht alleine stemmen können. Es müssen Gelder vom Land fließen.

Eigene Hausaufgaben

Es gilt aber auch eigene Hausaufgaben zu erledigen. Gestaltungsmöglichkeiten dürfen uns nicht vor Ort genommen werden; leider macht dies zunehmend unserer Bürgermeister. Dringlichkeitsentscheidungen sind dabei das verwaltungstechnische Durchsetzungsmittel des Bürgermeisters. Über 25 dieser Entscheidungen hat es in diesem Jahr gegeben, teilweise sogar unter Missachtung der Hauptsatzung der Stadt Hennef. Bündnis 90/ Die Grünen haben daher den Vorgang Beleuchtungssanierung am Hennefer Gymnasium zum Anlass genommen dem Landrat Fridhof Kühn diesen Entscheidungsprozess als Fachaussichtsbeschwerde vorzutragen.

Kritisiert wird bei diesem Vorgang nicht die inhaltliche Frage, sondern der Vorgang an sich. Der damaligen Einladung zum Bauausschuss konnte nicht entnommen werden, dass die Sanierung der Beleuchtung Inhalt der Sitzung werden soll. Zu Sitzungsbeginn lag den Mitgliedern des Ausschusses dann aber eine Mitteilung über das Verfahren der Beleuchtungssanierung incl. der Kosten, die dabei für die Stadt entstehen auf dem Tisch. Eine Mitteilung, mehr nicht! Wo bleibt der Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum für uns als Ausschussmitglieder?

Findet hier die Auflösung von Ausschüssen oder gar dem Rat statt?

Die Antwort des Landrats ist eindeutig. In dem uns vorliegenden Schreiben von Fridhof Kühn wird bestätigt, es hätte in dieser Frage eine Ausschusssitzung zwingend stattfinden müssen. Dass es in der Frage der Beleuchtungs-sanierung somit keinen gültigen Beschluss gibt, dies wurde der Stadt auch in dem Schreiben des Landrats mitgeteilt. Auf die nochmalige Nachfrage im Hauptausschuss, welcher letzte Woche tagte, erklärte der Bürgermeister sinngemäß – ja dies wüsste er – ; Mehr nicht. Nochmals betont sei, nicht die Sache als solche wird kritisiert, sondern der Entscheidungsprozess wird kritisiert.

Bei dieser Sanierung wird Geld benötigt, dies im nicht unerheblichen Maße, nämlich in Höhe von 140000,-€. Finanzierungsprobleme? Nein, denn plötzlich sind Haushaltsreste in ungeahnter Höhe vorhanden. Wo liegt der Fehler? Wurde uns etwa im letzten Jahr ein Haushalt vorgelegt, in dem Geld bewusst versteckt wurde? Manchmal hatten wir schon in den letzten Jahren dahingehend Vermutungen, leider ist es aber auch schwierig solche möglicherweise versteckten Gelder zu entdecken. Wir wollen aber auch niemanden etwas Böses unterstellen.

Den in den folgenden Ausschüssen kritischen Nachfragen unserer Fraktion, brachte, neben dem wiederholten Hinweisen, dies sei nicht der richtige Ausschuss (Welcher ist es denn dann ?), die Aussage des Bürgermeisters , es sei ein Entgegenkommen gewesen, das die Verwaltung die Politik über diesen Vorgang in Kenntnis gesetzt hätte. Aber auch seine eignende persönliche Denk- und Sichtweise erklärte der Bürgermeisters dem Haupt- und Finanzausschuss: (sinngemäß) - Hätte ich das gewusst, dann hätte ich gleich den Vorgang per Dringlichkeit entschieden. Ich werde in Zukunft solche Maßnahmen nur noch per Dringlichkeitsentscheidung durchführen-. Hört, Hört, die kommunale Selbstständigkeit aufgelöst, Politiker werden in Hennef nicht mehr benötigt. Welche Einsparungen sind da noch möglich?

Hennef wird zunehmend kurfürstlich regiert.

Bei der Entscheidung zur Pumpenanlage am Bahnhof kann fortgesetzt werden. Ausführlich wurde im Planungsausschuss die neue Treppenanlage am Hennefer Bahnhof, incl. Vorplatz diskutiert. In dieser Frage wurde sogar zweimal beraten, da der Ausschuss mit der ersten Planvorstellung nicht einverstanden war. Soweit sogut. In der dann anschließenden Bausschusssitzung tauchte der Tagesordnungspunkt erneut auf, im Unterschied stand hier plötzlich der Bau einer Pumpenanlage mit in der Beschlussvorlage; immerhin eine Investition von gesamt 250000.-€. Erst kritische Fragen der Ausschussmitglieder führten zur Beantwortung der entscheidenden Frage, der der Finanzierung. Leider war sich die Verwaltung fortwährend unsicher ob nun 70000.-€ oder gar 100000.-€ noch in Haushalt 2013 eingestellt werden müssen. (sind ja nur 30000.- € Unterschied, vielleicht Haushaltsreste für die Zukunft?) Wer böses vermutet, dem sei gesagt, es ist zum Wohle der Hennefer.

Zusammenfassend sind in dieser einen Ausschusssitzung über die Ausgabe von zusätzlich 210000.- - 240000.-€ entschieden worden.

Uns aber, den Politikern wird für die Haushaltsberatungen aufgetragen - Zitat aus der Haushaltrede des Bürgermeisters „... bei ihren Haushaltsberatungen keine zusätzlichen Ausgaben ohne Deckungsvorschlag zu veranschlagen.“

Gelten hier zwei Maßstäbe?

Wir, die Opposition dürfen lediglich Dinge zur Kenntnis nehmen, denn der Bürgermeister gestaltet per Dringlichkeit und Haushaltsresten. Dies geschieht dann oft mit Hilfe und Dank der CDU und der fortwährend ideenlosen nickenden FDP, welche sage und schreibe keine 5 Anträge in 2012 stellten.

Wir fordern daher, dass die Politik wieder in den zuständigen Ausschüssen stattfindet und kein Ratsmitglied mehr eine Dringlichkeitsentscheidung unterschreibt.

Steuererhöhungen

Es ist uns klar, dass nicht nur die Ausgabenseite sondern auch die Einnahmeseite betrachtet werden muss.

Leider hat es hier auch keine ausreichende Transparenz gegeben. Erst u.a. unsere schriftliche Nachfrage zum Haushalt hat Erklärungen geliefert, warum der Bürgermeister bei der Haushaltseinbringung die 2011 für 2013 beschlossene Steuererhöhung nochmals um 10 Punkte erhöhte (damit fand dann aber auch die überraschte FDP die Erklärung auf das Vorhaben des Bürgermeisters und die der CDU, immerhin ist die FDP Koalitionspartner in Hennef). Die Frage aber was der Hinweis des Bürgermeisters in der Haushaltsrede."bleiben wir 2014 bereits wieder knapp unter der 5-Prozent-Hürde des Haushaltssicherungskonzeptes „ in konkreten Zahlen bedeutet, ist erst wäge in der letzten Hauptausschusssitzung beantwortet worden, auch dies erst auf Nachfrage. Welche Auswirkungen die neue Gewerbesteuer, sie ist damit eine der höchsten in NRW ist (Von 11294 Kommunen in NRW haben über 10400 Kommunen geringere Gewerbesteuersätze als Hennef), bedeutet, ist nicht im Ansatz analysiert worden. Nachvollziehbares Zahlmaterial, wir sprechen hier bewusst von nachvollziehbaren Zahlen, erwarten wir und die Bürgerinnen und Bürger Hennefs. Bei Geld hört bekanntermaßen die Freundschaft auf!

Einsparungen

Die Hinweise das ausschließlich Einsparungen im Bereich der so genannten freiwilligen Leistungen, in Hennef immerhin 1,26 Mill. €, möglich seien, ist politisch mehr als fraglich. Wenn bei Entscheidungen die Ausschüsse oder gar der Rat vor der Tür gelassen werden, damit bei diesen Vorgängen über mögliche Einsparungen nicht diskutiert und entschieden werden kann, dann darf nicht mit den freiwilligen Leistungen gedroht werden. Klar wollen wir Bündnis90/Die Grünen an dieser Stelle sagen: Hennef darf nicht in die Haushaltssicherung rutschen, denn dann hätte nicht mehr der Rat, sondern andere das Sagen. Die Folge wäre dann besonders im Bereich der Bibliothek, der Kindergärten, der Schulen und des Sports spürbar, dies wollen wir nicht.

Wir wollen, dass zukünftig alle Investitionen auf die tatsächliche aktuelle Notwendigkeit hin überprüft werden. Wir wollen dies durch Einführung eines Rankings von den geplanten Investitionen schaffen, sodass eine größere Kontrolle bezüglich

der Ausgaben stattfindet. Wir wollen darüber hinaus, dass die jeweilige Investition mit ihrer haushälterischen Auswirkung dargestellt wird. Wir wollen auch, dass die so genannten Geschäfte der laufenden Verwaltung transparent gemacht werden. Wir wollen somit im Bereich der Ausgaben Einsparungen möglich machen.

Transparenz

Wie wichtig Transparenz und die frühe Beteiligung der Öffentlichkeit ist, zeigt die intensive Behandlung der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans. Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich bei uns gemeldet, uns um Rat und Hilfe gebeten. Bündnis 90/Die Grünen haben vor den entscheidenden Beratungen intensiv vor Ort recherchiert, Positionen bezogen und Hinweise bei Betroffenen eingeholt. Wir haben daher nicht allem zugestimmt, sondern uns teilweise mit der Stimme entgegengestellt. Wir sehen u.a. eine Gewerbeflächenausweisung an der Landesgrenze zu Rheinland-Pfalz als eben so falsch an, wie die große Wohnflächenausweisung in Uckerath - es existieren bis heute keinerlei Antworten oder Lösungen bezüglich der Verkehrsentwicklung Uckeraths.

2013

Wir werden auch in 2013 die Mehrheitsfraktionen und die Verwaltung ständig hinterfragen und prüfend begleiten.

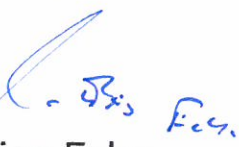
Wir werden auch in 2013 uns den Themen der Energiewende in Hennef, der Frage des Nachtflugverbotes am Flughafen Köln/Bonn, der Frage der Ortsumgehung Uckeraths, der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans, der Umgestaltung der Hennefer Schullandschaft, der Schaffung weiterer U3 Plätze, dem Ausbau des Radwegnetzes, der Kassenkredite, der Swap-Geschäfte, der Auswirkung von Basel III und weiterer Dinge zuwenden und unsere Ideen und Vorstellungen formulieren und diese dann in die Politik Hennefs einpflegen.

Kritisch, aber gewohnt konstruktiv das werden wir bleiben.

Wir sagen deshalb am Ende deutlich, dass wir dem diesjährigen Haushalt zwar kritisch gegenüber stehen, aber dennoch zustimmen werden.

Zum Schluss wünschen wir allen hier anwesenden Mitgliedern des Stadtrates und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest und alles Gute für 2013.

Mit voradventlichen Grüßen


Matthias Ecke

26.4.12